

Fiskalpakt – Nein Danke!

Der geplante Fiskalpakt soll die europäischen Staaten künftig zwingen, ihre Schulden abzubauen. Das gilt für alle, nicht nur die heutigen Krisenländer. Durch Ausgabenkürzungen – ohne Rücksicht auf Verluste. Die Alternative, endlich die großen Vermögen heranzuziehen, wird systematisch ausgeblendet.

Wozu das führen kann, sehen wir in Griechenland und Spanien: Die Kürzungen treiben die Wirtschaft immer tiefer in die Krise, Arbeitslosigkeit und Armut explodieren. Die Schulden steigen weiter statt zu sinken. Bei Bildung und Gesundheit wird gnadenlos gestrichen. Öffentliches Eigentum wird verscherbelt.

Auch uns drohen verschärfte Kürzungen, wenn die nächste Wirtschaftskrise zuschlägt. Konjunkturprogramme gegen Krisen würden kaum noch möglich sein. Die Regelungen sind noch strenger als die bereits beschlossene Schuldenbremse. Bund, Länder und Gemeinden müssten auch in guten Zeiten stärker kürzen.

Die Demokratie kommt ebenso unter die Räder. Merkel und Co. nötigen die Staaten zur Zustimmung. Auch veränderte demokratische Mehrheiten könnten den Vertrag nicht mehr kündigen. Deshalb lehnen die Gewerkschaften den Fiskalpakt ab. ver.di fordert die Abgeordneten im Bundestag auf, mit Nein zu stimmen!

